



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Schreiben des Cardinals Antonelli an den Bischof von Mainz.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Prätension hat, der Ausdruck der zukünftigen bürgerlichen Gesellschaft zu sein, in Zukunft die gesammte sociale Ordnung in seine Rahmen aufzunehmen und zwar auf gewaltsamem Wege.

Das Schreiben des Cardinals Antonelli an den Bischof von Mainz.

Herr von Ketteler hat am 3. Juli in der „Germania,“ dem zu Berlin erscheinenden klerikalen Organ, das mehr besprochene Schreiben, welches Cardinal Antonelli unter dem 5. Juni an ihn gerichtet, mitgetheilt. Der Cardinal-Staatssecretär schreibt wirklich, er habe in einer Unterredung mit dem bairischen Gesandten und zeitweiligen Geschäftsträger des deutschen Reiches lediglich die Absicht veräußert gefunden, den Reichstag über eine zum Schutz der weltlichen Herrschaft der Kirche zu beschließende Intervention zur Meinungsäußerung zu veranlassen. Dagegen äußert der Cardinal seine Betrübniß, daß durch die Gegner der Kirche verbreitet worden, es sei die Handlungsweise der katholischen Fraction im Reichstag von ihm, dem Cardinal, getadelt worden.

Herr von Ketteler hält indeß für angezeigt, seiner Mittheilung des antonellischen Schreibens einen Commentar hinzuzufügen. Er scheint gefürchtet zu haben, die völlige Ablegnung der Angabe des Fürsten Bismarck, in dessen Schreiben an den Grafen Frankenberg vom 19. Juni, könne unliebsame Folgen haben. Der Fürst schrieb aber, wie man sich erinnert, wörtlich: „Der Cardinal-Staatssecretär hat dem Grafen Tauffkirchen darüber keinen Zweifel gelassen, daß die Haltung der Partei des sogenannten Centrum's an der höchsten geistlichen Stelle der katholischen Kirche nicht gebilligt werde.“ Herr von Ketteler zieht sich nun folgendermaßen aus dem Dilemma: entweder den deutschen Reichskanzler oder den römischen Cardinal-Staatssecretär eine unrichtige Behauptung machen zu lassen. Er sagt: Fürst Bismarck habe ja ausgesprochen, daß der parlamentarische Einfluß der Fraction des Centrum's nach derselben Richtung ins Gewicht gefallen, wie die parlamentarische Thätigkeit derjenigen Elemente, welche die Herstellung des deutschen Reiches grundsätzlich anfechten, daß er die Gesandtschaft des deutschen Reichs in Rom beauftragt, sich zu überzeugen, ob die Haltung dieser Partei den Absichten Seiner Heiligkeit entspreche. „Da ist es freilich nicht zu verwundern“, fährt Herr von

Grenzboten II. 1871.

Ketteler fort, „wenn es in dem Schreiben an den Grafen Frankenberg weiter heißt, daß der Cardinal-Staatssecretär dem Grafen Tauffkirchen keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß die Haltung der Partei an der höchsten Stelle der katholischen Kirche nicht gebilligt werde.“ Herr von Ketteler fügt nun aber hinzu: eine solche Partei würde auch er nicht nur mißbilligen, sondern verabscheuen, und weist mit tiefster Entrüstung die Anschuldigung zurück, welche der deutsche Gesandte dem Cardinal Antonelli in officieller Weise mitgetheilt habe.

Die Strategie des Bischofs von Mainz ist gewandt genug, doch bleibt fraglich, ob sie zum Zweck führt. Fürst Bismarck dürfte darauf bestehen, daß die päpstliche Regierung die Opposition der Centrumsfraction gegen das deutsche Reich unzweideutig mißbilligt, oder die Haltung der Fraction eine andere wird. Mit der Behauptung, daß die Opposition der katholischen Fraction eine loyale oder vielleicht gar keine Opposition sei, wird sich der Reichskanzler nicht abspesen lassen.

Es ist wichtig, in dieser Frage sich vor Verwechslungen zu hüten. Jede Partei kann am Ende so viel Opposition machen als sie will, so lange sie die Gesetze nicht überschreitet. Eine Opposition aber, die sich auf eine universelle kirchliche Autorität stützt, ist etwas ganz anderes. Man kann keiner Opposition den Gebrauch der gewöhnlichen Argumente, welche vom gegebenen Staatsrecht oder von der politischen Zweckmäßigkeit entnommen sind, verwehren. Eine Opposition aber, die das Gebot des Stellvertreters Christi als politische Fahne entfaltet, kann nicht mit den Mitteln der Discussion bekämpft werden. Hier muß der Staat sich an den Fahnenherrn wenden und fragen: geschieht es nach deiner Anweisung, daß deine Fahne gegen mich entrollt wird? Je nachdem der Papst ja oder nein sagt, wird man die Entfaltung der päpstlichen Fahne als unbefugten Mißbrauch ahnden, oder aber man wird mit dem Papst selbst als Gegner zu thun haben. Dies ist die große Bedeutung der Stellung, welche Fürst Bismarck gegen das katholische Centrum einzunehmen scheint. Frühere Regierungen haben das katholische Centrum wie eine regelrechte politische Partei behandelt und seine befugte oder unbefugte Verbindung mit einer universell kirchlichen und außerdeutschen Autorität ignoriert. Dies scheint nun nicht weiter gehen zu sollen, und der Reichskanzler zeigt nur seinen gewöhnlichen Scharfblick, wenn er das Unzulässige der Stellung einer Fraction, welche, angeblich politisch, sich zugleich mit den Geboten der Kirche deckt, so stark als möglich beleuchtet.

Herr von Ketteler stellt sich so tief entrüstet, daß die katholische Fraction als grundsätzliche Gegnerin des deutschen Reiches hingestellt werden soll. Gehören denn aber nicht bairische Ultramontane zu dieser Fraction, welche im Anfang 1870 den Sturm gegen das Ministerium Hohenlohe anfahten, weil

dieses Ministerium der Herstellung des deutschen Reiches nicht absolut feindlich zu sein schien? Haben dieselben Ultramontanen nicht gegen die Vertragstreue Baierns beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges gestimmt und später gegen den Eintritt Baierns in das deutsche Reich auf Grund der Versailler Abmachungen? Diese Dinge muß man sich immer wieder vergegenwärtigen. Gesezt aber, Herr von Ketteler wollte behaupten, die jetzigen Mitglieder der Fraction des Centrums, Herrn Windthorst eingeschlossen, seien sämmtlich loyale Förderer des nunmehrigen deutschen Reichs, so bleiben doch solche Erscheinungen sehr bedenklich, wie die kürzlich zu Königshütte zu Tage gekommene, wo die Arbeiterunruhen allem Anschein nach nicht durch sociale, sondern durch klerikale Agitation hervorgerufen worden sind.

Berliner Briefe.

Berlin, den 9. Juli. Die Zeit wird still und stiller. Nicht bloß die Minister fliegen allmählig aus, um wenn irgend möglich das im vorigen Jahre Versäumte nachzuholen, sondern sogar die Sonntagsbörse hat auf vier oder sechs Wochen Ferien gemacht, ein Entschluß, dessen Heroismus doppelt bewunderungswürdig ist, wenn man bedenkt, daß jetzt das französische Gold hier ankommt, welches nach dem Glauben der Börsenmänner eine bisher ungeahnte Hauffe hervorbringen soll. Die Kisten, welche hier von Zeit zu Zeit ankommen und deren Beschreibung den Zeitungslesern das Wasser im Munde zusammenlaufen macht, sind das Wenigste dabei. Der Kern sind die Wechsel auf London und Berlin. Hundert Millionen Francs sind in solchen angekommen, ein kleines Packetchen, zwischen zwei Fingern zu halten, darunter einer über 6 Millionen Thaler von Rothschild auf Bleichröder gezogen. Zwei Drittel sind aber Londoner Wechsel und wenn Herr Camphausen wollte, so könnte er heut sich an den Engländern grausam für ihre lebenswürdige Neutralität rächen und ihnen einen Schrecken einjagen, der vielleicht so bald nicht vergessen werden würde. Indessen die Börsen sind solidarisch, eine Krisis in England würde auch hier empfunden werden und so ist es nichts mit der Rache. Hoffentlich geht es mit dem freilich etwas schlimmern französischen Rachedurst ebenso. Die Herren in Paris und Versailles treiben es zwar augenblicklich etwas arg und mit dem Nachlassen des äußersten Drucks fangen die Leute auch in den Provinzen an, sich den Decupations-Truppen recht unangenehm zu machen (die deutschen Soldaten, welche 1815 in Frankreich zurück blieben,